

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Strafrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

13. Februar 2013

**Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst die Modernisierung des Strafregisterrechts und die Zusammenlegung der verschiedenen relevanten Vorschriften in einem Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA. Im Sinne einer verbesserten Behördenzusammenarbeit ist die EVP auch mit den ausgebauten Abfragemöglichkeiten und den neu zu schaffenden Auszugskategorien einverstanden, solange der Datensicherheit hohe Priorität eingeräumt wird.

Als positiv erachtet die EVP insbesondere

- die Behebung bisheriger Mängel und die erhöhte Transparenz.
- die differenziertere Einsicht ins Strafregister und die ausgebauten Behördenzusammenarbeit, welche dem veränderten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnis entspricht.
- die Schaffung der entsprechenden Rechtsgrundlagen für die Registrierung von Strafurteilen und von hängigen Strafverfahren gegen Unternehmen.
- die hohe Sicherheit des Systems.

Die EVP ist sich aber auch der mit der Revision verbundenen Risiken bewusst. So macht sie darauf aufmerksam, dass

- ein (potentiell teures) IT-Projekt einer straffen Führung bedarf.
- eine automatische Meldung neuer Urteile an die nach Waffengesetz für den Entzug von Bewilligungen zuständige Stelle ausserordentlich wünschbar wäre (vgl. Erläuternder Bericht, S. 21). Die nötigen Schnittstellen zu den kantonalen Datenbanken sind deshalb innert einer festgelegten Frist zu schaffen. Allenfalls kann dieses Ziel aber einfacher mit einem nationalen Waffenregister erreicht werden. Die EVP regt an, bereits jetzt die geeigneten Massnahmen zu prüfen, die nötigen Gesetzesänderungen einzuleiten und sinnvolle IT-Vorarbeiten im Rahmen der Neuprogrammierung des Strafregisters vorzunehmen.

- zu prüfen ist, ob in jenen Fällen, in denen eine Auskunft verwehrt wird, der Auskunft holenden Person nicht zumindest mitgeteilt werden müsste, dass durch Stelle X ein Zugriff stattgefunden hat.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier